Zwischen förderbedürftiger Adressat:innenschaft und politischer Akteur:innenschaft. Adressierungsweisen migrantisierter Eltern in Dokumenten zur schulischen Gremienarbeit

Bettina Fritzsche, Melanie Kuhn, Georg Rißler

Zusammenfassung: Wie Eltern im Kontext postwohlfahrtsstaatlicher neoliberaler Logiken des Forderns und Förderns in Dokumenten zur schulischen Gremienarbeit adressiert und im Dienste schulischer Interessen funktionalisiert werden, ist Erkenntnisinteresse einer adressierungstheoretisch fundierten Dokumentenanalyse von Schulgesetzen und ministerialen Informationsbroschüren zur schulischen Elternvertretungsarbeit. In einer bundeslandvergleichenden Optik lassen sich ungleichheitsrelevante Subjektivierungsweisen migrantisierter Eltern rekonstruieren, die sich zwischen einer Adressierung als passive förderbedürftige Objekte von Elternbeiratsarbeit und einer Autorisierung als eigenständige schulpolitische Akteur:innen aufspannen.

Schlüsselwörter: Schulische Gremienarbeit, migrantisierte Eltern, Ungleichheit, Schulgesetze, Partizipation, Dokumentenanalyse, Adressierungsanalyse

Title: Between Addressees in Need of Support and Political Actors. Ways of Addressing (Migrantized) Parents in Documents on School Committee Work

Summary: This paper introduces a document analysis of school laws and ministerial information brochures on the work of parents associations in schools. Referring to addressing theory, subject of research interest was how parents are addressed in documents on school committee work and functionalized in service of school interests in the context of post-welfare state neoliberal logics of demand and support. Comparing regulations in different federal states, inequality-relevant modes of subjectivation of migrantized parents can be reconstructed, which span between addressing them as passive objects in need of support of parents councils and authorizing them as independent school policy actors.

Keywords: School Committee Work, Migrantized Parents, Inequality, School Laws, Participation, Document Analysis, Analysis of Addressings

1 Von der Forderung nach Elternbeteiligung und ihren aktivierenden und responsibilisierenden Nebenwirkungen. Ein Problemaufriss

Im Zuge neoliberaler Steuerungen und sozialinvestiver Politikstrategien im Postwohlfahrtsstaat[1] gelangen Familien in aktuellen bildungs-, sozial-, familien- und integrationspolitischen

1 Ausgehend von der These einer Etablierung neo-sozialer Rationalitäten und einer damit einhergehenden Hinterfragung und Transformation bestimmender wohlfahrtsstaatlicher Denkweisen wird ein Neujustierungsprozess der institutionellen Formen wohlfahrtsstaatlicher Sicherungs- und Dienstleistungsstrukturen beobachtet.

Diskursen zu einer „neuen Aufmerksamkei[t]" (Fegter/Heite/Mierendorff 2015: 3). Eltern werden hierbei als die zentralen Akteur:innen einer erfolgreichen Bildungsbiografie ihrer Kinder adressiert. Dieser Erwartungsdruck hat für alle Eltern subjektivierende, aber nach deren ungleicher Positioniertheit innerhalb gesellschaftlicher Macht- und Ungleichheitsverhältnisse differenzielle Effekte (vgl. März/Hunner-Kreisel 2024; Betz/Bischoff-Pabst 2020: 157; Kollender 2020: 305). So findet die intensivierte ‚Bildungsaufforderung' gerade bei sozialstrukturell privilegierten Eltern besonderes Gehör, die im Bemühen um bestmögliche Startchancen für ihre Kinder nicht nur von ihrem ökonomischen und kulturellen Kapital profitieren, sondern v. a. auch von hohen Selbstwirksamkeitsüberzeugungen (vgl. Lange/Thiessen 2018: 285). Eltern in marginalisierteren gesellschaftlichen Positionen sehen sich währenddessen einem gesteigerten öffentlichen Legitimationsdruck ausgesetzt, solchen Erwartungen zu entsprechen (vgl. Betz/Bischoff-Pabst 2020: 127).

Insbesondere im Zuge der durch die PISA-Studien ausgelösten Debatten darüber, wie sich die Qualität schulischer Bildung verbessern, Bildungsoutcomes erhöhen und Bildungsbenachteiligungen entgegenwirken ließe, wurden mit Blick auf das Wechselverhältnis zwischen Familien und Schule in den letzten Jahren auch die Partizipationsmöglichkeiten von Eltern in schulischen Belangen erhöht (vgl. Kollender 2021: 75). An diese gestärkten Elternrechte und erweiterten elterlichen Teilhabemöglichkeiten in Bezug auf schulische Angelegenheiten ihrer Kinder knüpfen sich entlang postwohlfahrtsstaatlicher Logiken von ‚Fördern' und ‚Fordern' gleichzeitig auch Zuweisungen einer höheren Mitwirkungsverantwortung (vgl. ebd.). Einher gehen mit derlei Vorstellungen einer „verantworteten Elternschaft" (Kaufmann 2019: 139) massive Responsibilisierungen von Eltern für die Gewährleistung des Bildungserfolgs ihrer Kinder. Bildungsungleichheiten und das Scheitern an Teilhabe- und Erfolgserwartungen werden dabei individualisierend gedeutet. Es sind insbesondere Eltern, die im öffentlichen Diskurs als ‚bildungsfern' und/oder als ‚mit Migrationshintergrund[2]' kategorisiert werden, deren Bildungs- und Erziehungsleistungen problematisiert und abgewertet werden und die Hauptadressat:innen von solchen Aktivierungslogiken sind (vgl. Dean 2022; Betz/Bischoff-Pabst 2020; Kollender 2020; Gomolla/Kollender 2019; Jergus/Krüger/Roch 2018; Rollock et al. 2015; Crozier/Davies 2007; Reay 2005; Lareau 2003).

Mit Blick auf die bildungspolitischen Aspirationen, über gesteigerte Partizipationsmöglichkeiten von Eltern in schulischen Angelegenheiten Bildungsbenachteiligungen abbauen zu können, lässt sich auf ein Missverhältnis von programmatischen Vorschlägen zur praktischen Ausgestaltung der Zusammenarbeit von Schule und Eltern und einer begrenzten und v. a. inkonsistenten empirischen Befundlage verweisen (vgl. Betz et al. 2017: 29). Es lassen sich Zweifel daran äußern, dass eine institutionell und rechtlich geförderte Mitwirkung von Eltern

Der Begriff post-wohlfahrstaatliches Arrangement (vgl. Peck 2002) verweist etwa darauf, dass im „Prozess der Transformation des Sozialen mithin das institutionelle Gefüge der öffentlich verfassten Lebensführungsregulierung und -unterstützung grundlegend neu strukturiert wird, und bereits neu strukturiert worden ist" (Kessl 2013: 9). Dieser Prozess geht u. a. einher mit einer Kommerzialisierung von Angebotsstrukturen (vgl. Harris 2002) und der Privatisierung vormals öffentlicher Angebote (vgl. Clarke 2004).

2 Im Folgenden sprechen wir von migranti*sierten* Eltern, um die Zuschreibungsprozesse und gesellschaftlichen Platzzuweisungen zu markieren, mit denen Eltern begegnet wird. Dass diese Erzeugung der ‚Anderen' über unterschiedliche Adressierungen erfolgen kann, wird in unserem Datenmaterial deutlich werden: Während in Baden-Württemberg von Eltern ‚mit Migrationshintergrund' die Rede ist, verläuft die Migrantisierung von Eltern in Rheinland-Pfalz und Berlin über das Label ‚nicht Deutsch' als ‚Herkunfts'- und z. T. auch ‚Muttersprache'. Beiden Adressierungsweisen ‚Migrationshintergrund' (vgl. Machold/Mecheril 2019; Stošić 2017) und ‚Muttersprache' (vgl. Bonfiglio 2010) ist gemein, dass es sich bei ihnen um essentialistische (Fremdheits-) Konstruktionen handelt, die gesellschaftshierarchisierende Implikationen haben.